

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Annon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plagiatvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Ronto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Zeleg.-Adr.: Verband Bochum.

Todestampf der Freiheit?

Der 9. November und die deutsche Arbeiterschaft.

In diesen Tagen fährt sich zum vierzehnten Male der Tag, an dem die monarchistische Herrschaft in Deutschland zusammenbrach, wo aus dem furchtbaren Blutbad des Weltkrieges und aus den Trümmern des alten Fürstentums der neue Volksstaat entstand. Am 9. November 1918 war es, als der sozialdemokratische Führer Scheidemann von einem Fenster des Reichstages herab den versammelten Volksmassen verkündete: „Das monarchistische System ist zusammengebrochen. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die große deutsche Republik!“

Am gleichen Tage übertrug der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden dem Sozialdemokraten Fritz Ebert die Reichskanzlergeschäfte. Bei seinem Amtsantritt erklärte Ebert: „Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu festigen.“

Zur Erreichung dieses Zieles erließ die Regierung Ebert-Scheidemann am gleichen Tage noch eine Proklamation, in der gefagt wurde: „Die neue Regierung wird sich für die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20 Jahre alten Bürger beider Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtsbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen. Bis dahin hat sie die Aufgabe, Waffenstillstand zu schließen, Friedensverhandlungen zu führen und die Volksernährung zu sichern.“

Drei Tage später, also am 12. November, verkündeten die Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft u. a. folgendes:

„Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.“

Meinungäußerung in Wort und Schrift ist frei.
Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt.

Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter.

Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden bald veröffentlicht. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Magimalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitslosigkeit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 M. ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“

Die grundlegenden Neuerungen, die der 9. November dem deutschen Volke brachte, bestanden demnach vor allem in der Beseitigung der politischen Vorrechte und Unfreiheiten. Die Staatsgewalt sollte nicht mehr wie bis dahin von Fürsten und den durch das Dreiklassenwahlrecht privilegierten Schichten, sondern vom Volke ausgehen. Aus diesem Grunde für alle Staatsbürger das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Außerdem waren die Volksbeauftragten vor die Aufgabe gestellt, den Krieg zu beenden und die Volksernährung, die durch die Kohlrübenzeit der letzten Kriegsjahre aufs schwerste gefährdet war, zu sichern. Wie aus dem Erlaß vom 12. November hervorgeht, versuchten sie gleichzeitig eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Forderungen zu verwirklichen. Abgesehen von den erwähnten Fragen muß in diesem Zusammenhang vor allem die Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 erwähnt werden, die auch heute noch die wichtigste Grundlage des gesamten Tarifrechts bildet.

Vielfach wird nun die Meinung vertreten, daß mit der Staatsumwälzung und den sozialpolitischen Fortschritten im Jahre 1918 auch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung hätte beseitigt werden müssen. Ueber die Notwendigkeit, daß mit den Fürstentronen auch die Herrschaft der Industriekönige beseitigt werden mußte, um zu einem wirklichen Volksstaat zu kommen, herrscht indes keine Meinungsverschiedenheit. Strittig ist nur die Frage, ob am Ende des Weltkrieges, der Deutschland allein millionenfach Menschenleben kostete, der das Volk aushungerte und die Wirtschaft zerrüttete, der allein dem deutschen Staate etwa 150 Milliarden kostete, ob diese katastrophalen Zustände eine erfolgreiche Grundlage für die Verwirklichung des Sozialismus geboten hätten. Dieses muß um so mehr mit einem Fragezeichen versehen werden, weil die kapitalistischen Siegerstaaten damals Deutschland weitgehend beherrschten, nicht nur weit über 100 Milliarden als Kriegsschuldung verlangten, sondern im Jahre 1923 nach dem Ruhrgebiet militärisch besetzten. Unter diesen Umständen sahen deshalb die Volksbeauftragten ihre wichtigste Aufgabe darin, dem Volke eine freiheitliche Verfassung zu geben, deren oberster Grundsatz lautet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Damit wurde die politische Macht in die Hände der deutschen Wähler — und da diese zum größten Teil Arbeitnehmer sind —, in die Hände der Arbeiterschaft gelegt. Die Demokratie, die politischen Freiheits- und Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft sollten die Plattform für ihren wirtschaftlichen und sozialen Befreiungskampf sein.

Die entscheidende Frage, vor der wir heute nach vierzehn Jahren stehen, ist nun die: Waren die Hoffnungen auf die Macht des Stimmzettels, auf die politischen Volksrechte und die Willensbildung der breiten Wählerschicht berechtigt oder leben wir wirklich in einer

der Menschenrechte und auf dem Boden demokratischer Mitbestimmung seine Klassenziele verwirklichte — trotz wiederholter Rückschläge —, ebenso wird die Arbeiterklasse die demokratischen Grundrechte als wertvollste Waffen in ihrem Befreiungskampf benötigen. Seit Marx, Lassalle und Bebel kämpft deshalb die deutsche Arbeiterschaft um die politischen Freiheits- und Mitbestimmungsrechte, die ihr der 9. November brachte.

Wenn heute die Morgenröte eines neuen Zeitalters, das mit dem 9. November in Deutschland anzubrechen schien, hinter dunklen Gewitterwolken am politischen Himmel zurückgetreten ist, dann wissen wir: die Zukunft gehört trotz alledem der deutschen Arbeiterklasse! Keine Macht in der Welt wird den Lebens- und Freiheitswillen, der in den Millionen wertvoller Menschen lebendig ist, unterdrücken können. Wenn auch das Freiheitsgut vom 9. November vielen unversehrt zuziel und von vielen mißbraucht wurde, wenn auch heute noch infolge mannigfacher Gegenkräfte ein einheitlicher politischer Klassenwille in Deutschland fehlt, es kommt der Zeitpunkt, wo dieses Freiheitsgut neue Geltung erlangen und seine Sieghaftigkeit beweisen wird. Für die Kampfstellung in der gegenwärtigen Reaktionsperiode gelten aber auch die Worte, die kürzlich noch der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Kollege Leipart prägte, indem er ausführte:

„Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.“

Gespräch über Zeitfragen.

Kapitalverteilung als Krisenursache.

„Wir haben uns das letzte Mal unterhalten über die Planwirtschaft, das heißt über eine Wirtschaftsordnung, in der die Produktion an den Bedarf angepaßt wird. Bist du darüber jetzt schon Näheres sagen, wie das erreicht werden soll?“

„D, gewiß! Erforderlich ist für die Planwirtschaft vor allem eine gut ausgebaute Statistik, aus der genau zu ersehen ist, was wir im Lande, in unserer Volkswirtschaft, an Waren brauchen und ebenso, wieviel Waren wir mit unserem Produktionsapparat, dazu gehören alle Unternehmen in Industrie und Landwirtschaft, herzustellen in der Lage sind.“

„Du meinst, daß dann von oben herunter die Produktion geleitet und der Abfah geregelt werden könnte, so daß so keine Krisen mehr kommen würden?“

„Die genaue Statistik ist nur eine Vorbedingung zur Führung einer Planwirtschaft, in der die Krisen vermieden werden können. Zur Vermeidung von Krisen bedarf es einer planvollen, auf Grund der genannten Wirtschaftstatistik vorzunehmenden Kapitalverteilung.“

„Aha — ich habe auch hierzu etwas gelesen in der in unserem letzten Gespräch schon erwähnten kleinen Schrift des U D G B, „Umbau der Wirtschaft — die Forderungen der Gewerkschaften“. Warte mal, hier habe ich sie ja; richtig, hier — da, hier steht folgendes darüber: „Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massentaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie Kapitalverteilung notwendig.“

„Jawohl, das ist das, was ich erwähnte.“

„Aber ich weiß nicht recht, wie das zu verstehen ist. Heute bleibt doch auch kein Kapital liegen und alles wird in der Wirtschaft angelegt. Das sieht man doch daran, daß kein Kapital da ist.“

„Im — richtig ist das schon, aber es kommt ja nicht darauf an, daß Kapital schlechthin angelegt wird, sondern daß es planvoll angelegt wird. Dazu gehört vor allen Dingen die richtige Verteilung auf Produktion und Konsumtion.“

„Das ist mir wieder nicht ganz klar geworden.“

„Nun, das Wirtschaftsleben zerfällt in zwei Abteilungen. Die eine Abteilung zeigt die Produktion, also die Herstellung von Waren und Gebrauchsgütern und die andere Abteilung zeigt die Konsumtion, also den Verbrauch und Verzehr von Waren und Verbrauchsgütern.“

„Aha — jetzt verstehe ich. Eine planvolle Kapitalverteilung oder Kapitalleitung, wie man dazu sagt, müßte davon ausgehen, daß es in keiner Abteilung eine Stauung gibt. Ich denke das ungefähr so: Wenn meinetwegen mehr Waren für die Konsumtion, also für den Verbrauch verlangt werden, als vorhanden sind, dann muß Kapital in die Produktion, also in die Warenherstellung gesteckt werden. Wenn aber mehr Waren produziert werden oder sind, als für den Verbrauch abgenommen und gekauft werden,

Republik ohne Republikaner.

Das Wahlergebnis vom 6. Nov., das bei Niederschrift dieser Zeilen noch nicht vorliegt, wird uns diese Frage mitbeantworten. Teilweise ist sie schon beantwortet. Die Tatsache, daß die schwarzweißen Parteien, die 1919 nur 10 Prozent der politischen Stimmen, im Juli 1932 aber 45 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erhielten, spricht Bände. Daß für dieses Anwachsen der Rechtsparteien nicht die republikanische Politik, sondern nur die Mentalität eines großen Teiles der deutschen Wähler maßgebend ist, lehrt die weitere Tatsache, daß heute nicht nur Freiherrn und Barone in Deutschland regieren, sondern die Hohenzollernprinzen in der nationalsozialistischen „Arbeiter“-partei als politische Führer auftreten können und in Volksversammlungen stürmischen Beifall ernen. Und wenn noch kürzlich die uniformierten Anhänger dieser „Arbeiter“-partei in Koburg mit den Stahlhelmläutern aufmarschierten, um anlässlich einer Fürstenhochzeit den versammelten fürstlichen Sprößlingen einen Fackelzug zu bringen, dann zeigt dieser Vorfall nur allzu deutlich, wie wenig politischer Freiheitswille und wieviel kläglicher Untertanengeist noch im deutschen Volke steckt, in einem Volke, das dazu berufen ist, durch freie Selbstbestimmung seine politischen Geschicke eigenmächtig zu verwalten. Würden alle die Arbeiter, die heute der nationalsozialistischen Hakenpartei, dem schwarzweißen monarchistischen Kummel huldigen, überzeugte Republikaner sein, dann könnten wir heute in einem freien sozialistischen Deutschland leben.

Noch schwerwiegender, als die erwähnten Beispiele für die Gefährdung der Demokratie, wiegt aber die Tatsache, daß infolge der politischen Verblendung breiter Volksschichten bereits bei der Reichstagswahl im Juli 1932 die Diktaturparteien eine Mehrheit erlangen konnten. Dadurch, daß der Reichstag nicht arbeitsfähig wurde, entäußerten sich die Wähler ihrer wichtigsten Mitbestimmung auf Regierung und Gesetzgebung. Darum nochmals die Frage: War das Freiheitsgut, das der 9. November dem deutschen Volke brachte, unsinnig? Hätten die Volksbeauftragten nicht besser getan, nach dem Modus der gegenwärtigen Wächthaber die rücksichtslose Macht über Recht und Gerechtigkeit zu stellen? Hätten sie nicht besser, anstatt an die politischen Selbstbestimmungsrechte des Volkes zu glauben und humanen Regierungsgrundsätzen zu huldigen, nach faschistischem und bolschewistischem Muster ein Gewalt- und Diktaturregime einführen sollen?

Ja — und nein. Ja, wenn man an Putsche und Anschläge gegen den demokratischen Staat und an Meuchelmorde gegenüber führenden Republikanern in den ersten Nachkriegsjahren und an die Willkürherrschaft der gegenwärtigen Reaktionsperiode denkt. Nein, wenn man über die tagespolitischen Rückschläge hinaus die geschichtliche Mission der Arbeiterbewegung und den ökonomischen Zwang zum Sozialismus kennt. Denn ebenso wie das Bürgertum als unterdrückte und aufwärtsstrebende Klasse der französischen Revolution 1789 unter dem Deckmantel

Mansfelds Kupferbergbau und Subventionen.

wenn also der Absatz stockt, wie zum Beispiel in der Krise, dann muß Kapital in die Konsumtion für den Verbrauch und Verzehr von Waren hineingesteckt werden."

"Du siehst das Problem durchaus richtig. In dieser richtigen und ausgleichenden Kapitalleitung liegt das Mittel um die Vermehrung von Wirtschaftskrisen und der Sicherung eines ständigen wirtschaftlichen Aufstiegs."

"Aber warum macht man das denn nicht einfach? Die Menschen müssen diese Notwendigkeit doch einsehen, denn bei einigem Nachdenken kann doch kein Zweifel übrig bleiben an der Notwendigkeit dieser Tatsache."

"Deine Greifung ist berechtigt. Aber so einfach ist die Sache denn doch nicht. Einfach wäre das nur dann, wenn die deutsche Volkswirtschaft, wenigstens soweit die größeren Betriebe in Frage kommen, nur ein einziges Unternehmen wäre, das heißt also von einer obersten Verwaltung geleitet würde. Nur in dem Falle könnte dann bestimmt werden, wie das Kapital, das unsere Volkswirtschaft abwirft — man nennt das allgemein Profit oder Gewinn — verwendet werden soll. Heute ist das nicht möglich, weil der Privatbesitzer der Einzelunternehmen selbst und für sich darüber bestimmt, was mit dem Profit und dem Gewinn seines Unternehmens geschieht."

"Aber der Privatunternehmer müßte doch auch die Notwendigkeit einer planvollen Kapitalleitung in dem genannten Sinne einsehen. Er könnte diese Verteilung doch selbst und freiwillig vornehmen."

"Er könnte das, richtig, aber er tut es nicht. Er leitet eben alles Kapital, das sein Unternehmen abwirft, also allen Profit und Gewinn, immer nur in die Abteilung der Produktion."

"Aber warum denn das?"

"Hierzu erst eine Gegenfrage: Wie kann man Kapital in die Konsumtion leiten, also zum Verbrauch und Verzehr von Waren ansetzen?"

"Ja, da muß man — hm — ja natürlich, da muß man das Geld in die Taschen der großen Masse der Käufer leiten, damit die damit mehr Waren zum Verbrauch kaufen können."

"Ganz recht. Das heißt also, daß man die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten erhöhen müßte, wodurch die Kaufkraft gestärkt würde."

"Aha — jetzt verstehe ich. Für den Privatunternehmer heißt Kapitalleitung in die Konsumtionsabteilung nichts anderes, als mit seinem Profit und Gewinn die Löhne und Gehälter erhöhen."

"Nichts anderes — sehr richtig! Und nun ist aber bekannt, nicht wahr, daß der Privatunternehmer nicht freiwillig Löhne und Gehälter erhöht. Er zahlt eben immer nur den Lohn und das Gehalt, das er zahlen muß, um sich die notwendigen Arbeiter und Angestellten zu sichern. Die Arbeiter und Angestellten sind für ihn ja nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck des privatkapitalistischen Wirtschaftens ist eben Profit und Gewinn erzielen. Und je mehr Profit und Gewinn ein Unternehmer aus seinem Betrieb herausholt, desto vollkommener erscheint er sich selbst und vor seinen Kollegen."

"Aha — mir wird die Sache jetzt schon klarer. Wenn nämlich der Privatkapitalist freiwillig mehr Lohn und Gehalt zahlt als er unbedingt muß, also freiwillig Kapital in die Konsumtion steckt, dann heißt das für ihn freiwillig auf den Gewinn verzichten, was gleichbedeutend wäre mit einer Aufgabe des privatkapitalistischen Wirtschaftsinnes."

"So ist es recht. Der privatkapitalistische Wirtschaftsinne, man sagt vielleicht besser: das privatkapitalistische Wirtschaftsprinzip, verbietet den Privatkapitalisten so zu handeln. Privatkapitalistisches Wirtschaften heißt eben nichts anderes, als mit dem angelegten Gelde in einem Unternehmen oder Geschäft den höchstmöglichen Gewinn zu erzielen. Karl Marx hat das so bezeichnet: Privatkapitalistisches Wirtschaften ist Wirtschaften mit dem Zweck der besten Kapitalverwertung, gemessen am erzielten Profit."

"Das ist in der Tat so, denn die Praxis bestätigt ja das. Und nun sehe ich auch schon etwas klarer in der Richtung der Krisenursache. Denn jetzt merke ich, daß die Privatkapitalisten ja nur eine einseitige Kapitalleitung vornehmen, und zwar, soweit die Verteilung des erzielten Gewinnes in Frage kommt, eine ständige einseitige Zuleitung in die Abteilung der Produktion."

"Gut hast du das gesagt. Jawohl, so ist es. Weil die Privatkapitalisten ihren Profit nicht in Kaufkraft umwandeln, also nicht in Lohn- und Gehaltserhöhung stecken, ihn aber irgendwo unterbringen müssen, deshalb stecken sie ihn tatsächlich immer nur einseitig in die Abteilung "Produktion". Das heißt, sie legen immer mehr Betriebe an, sie vergrößern ihre Betriebe, sie modernisieren sie, kurz: sie vermehren mit dem Kapital die Produktion, die Herstellung von Waren, ohne sich im geringsten darüber Gedanken zu machen, wie denn diese vermehrte Produktion auch in der Konsumtion Absatz finden soll."

"Richtig, richtig! Die Sache ist so klar wie nur etwas. Und das ist auch das, was hier in der Schrift des ADGB steht über die Badöfen. Hier, paß mal auf, heißt es: "Man baute Badöfen über Badöfen, um an der künftigen Profitflut zu verdienen. Aber die Nachfrage nach Brot stieg nicht, denn man hatte die Badöfen eben auch mit dem Gelde gebaut, das für den Kauf der gesteigerten Brotmenge benötigt wurde. Nun blieb nichts anderes übrig, als die überzähligen Badöfen wieder abzubrechen."

"Jawohl — das trifft den Nagel auf den Kopf. Mit der Kapitalverwertung zum Bau von Badöfen ist die einseitige Kapitalleitung in die Abteilung der Produktion gemeint. Weil das im Kapitalismus so ist und auch in den letzten Jahren so war, also nicht in gleichem Verhältnis Geld und Kapital in Kaufkraft, also in Lohnerhöhung gesteckt wurde, deshalb wurde der Produktionsapparat zu groß und Stilllegung und Abbruch von Betrieben notwendig. Das ist das tiefste Geheimnis der jetzigen Krise und Arbeitslosigkeit."

Darüber, daß der Mansfelder Kupferbergbau aus sozialen und staatspolitischen Gründen weitergeführt werden muß, bestehen in den beteiligten Kreisen kaum Meinungsverschiedenheiten. Nur über die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung der Betriebe während der allgemeinen Wirtschaftskrise gehen die Meinungen auseinander. Die einen erklären, daß ein privates Unternehmen, das in guten Zeiten die Gewinne einsteckt, in der Krise auch die Verluste tragen müsse. Ein anderer Teil lehnt die Zahlung staatlicher Zuschüsse an eine Privatgesellschaft prinzipiell ab, und wiederum gibt es Leute, die erklären, daß derartige Betriebe vom Staat übernommen werden müßten. Ueber die letztere Möglichkeit wird in den nächsten Monaten noch öfters zu reden sein. Bisher wurde dem deutschen Kupferbergbau seit den raschen Preisstürzen auf den Metallmärkten vom Frühjahr 1930 ab durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse geholfen.

Nicht zuletzt haben sich auch die Arbeiter im Mansfelder Bergbaubereich für die Gewährung von Subventionen zur Erhaltung ihrer Arbeitsstellen eingesetzt. Das Reich und der preussische Staat haben insgesamt bisher rund 18 Millionen Mark Zuschüsse — die Steuer- und Frachtermäßigungen nicht eingerechnet — gezahlt. Von der Mansfeld UG. sind außerdem auf Grund des außerordentlichen Tiefstandes der Metallpreise etwa 10 Millionen Mark aus der Substanz verbraucht worden. Aus diesen Zahlen ergibt sich ganz von selbst, daß ohne die Subventionszahlungen eine Fortführung des Kupferbergbaues unmöglich war. Wenn trotzdem die RPD. jetzt im Landtag einen Antrag auf Streichung von Subventionen für die Mansfeld UG. eingebracht hat, der ja in stark abgeschwächter Form im Handelsauschuß angenommen wurde, so handelt es sich hierbei um reine Agitationsmanöver der Kommunisten, die sich praktisch wirtschaftsschädigend für die Mansfelder Belegschaften auswirken müssen.

Wir sind die letzten, die bei der schlechten Wirtschaftslage die Ausgabe von mehreren hunderttausend Mark an Vorstand und Aufsichtsrat gutheißen, vergessen darüber aber nicht, daß nach dem Subventionsantrag Ausgaben für diese Zwecke nicht aus dem Kupferbergbau gezahlt werden dürfen. Man muß deshalb andere Mittel anwenden, um derartige Ausgabenposten herabzusetzen. Unseres Erachtens werden die staatlichen Wirtschaftsprüfer bei einer Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit der Mansfeld UG. (die ja auch bisher durch die Reichsreuehandelsbankgesellschaft erfolgte) die Notwendigkeit weiterer Subventionszahlungen feststellen.

Da im Dezember d. J. der Subventionsvertrag der Mansfeld UG. mit Reich und Staat abläuft, wird in kurzer Zeit das Mansfeld-Problem erneut im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Lage auf dem Weltkupfermarkt, so sind die Aussichten für einen Wegfall der Staatszuschüsse sehr ungünstig. Wogegen von ge-

ringen Schwankungen bewegten sich 1932 die Kupferpreise zwischen 5,25 bis 6,25 cts. je lb. (engl. Pfund). Bei diesen Preisen war es selbst guten Werken nicht möglich, mit Gewinn zu produzieren. Die Geschäftsberichte der amerikanischen Gesellschaften die gegenüber Deutschland bedeutend günstigere Produktionsbedingungen haben, weisen deshalb riesige Verluste aus.

Der Zwang zu einer Produktionsdrosselung ergab sich aus dieser Verlustwirtschaft von selbst. Schärfer aber als die Produktion gedrosselt wurde, sank der Verbrauch an Kupfer. Seit Juli dieses Jahres war ein langsames Ansteigen der Kupferpreise festzustellen. Inzwischen sind wieder neue Rückschläge eingetreten, so daß die Schwierigkeiten auf dem Kupfermarkt längst noch nicht behoben sind. Die Metallbörse hat keine Anpassung der Produktion an den Verbrauch herbeigeführt. Die Weltvorräte an Kupfer haben sich von 0,87 Mill. Tonnen Ende 1931 auf rund 1 Mill. Tonnen im August d. J. erhöht. Im Juni stand einem durchschnittlichen Monatsverbrauch von 60 000 Tonnen eine Produktion von 69 000 Tonnen gegenüber. Die jetzigen Vorräte würden bei dem gegenwärtigen Verbrauch für mehr als ein Viertel Jahr ausreichen. Infolge der Preispolitik des Kupferkartells war es bisher nicht möglich, die Ueberkapazität der Kupfergruben zu beseitigen. Der Zerfall des Kartells und die Einführung von Böllen durch England dürfte vielmehr eine Ausdehnung der Produktion außeramerikanischer Produzenten herbeiführen. Ebenfalls muß der jetzt von U.S.A. eingeführte Kupferzoll eine baldige Beseitigung von Ueberkapazität verhindern.

Die außeramerikanischen Produzenten haben außerdem noch einen beträchtlichen Kostenvorsprung. So betragen die Herstellungskosten nach Aufstellungen der Fachpresse in Kanada 4,73 cts. je lb. (engl. Pfund), in Rhodesien im zweiten Halbjahr 1932 nur 3,59 cts. je lb. Demgegenüber bewegen sich die amerikanischen Produktionskosten zwischen 6 bis 11 cts. je lb. Die Gesehungskosten der deutschen Kupfererzeugung belaufen sich infolge der schwierigen geologischen Verhältnisse und geringeren Ertragsfähigkeit weit über den oben genannten Sähen. Zweifellos sind die Gesehungskosten im Mansfelder Kupferbergbau durch die Bohrlösungen, die insgesamt 34 Proz. betragen, einschließlich der Senkung der übrigen Kosten, stark zurückgegangen. Trotzdem dürften sich heute die Produktionskosten für den Mansfelder Kupferbergbau immer noch über 11 cts. je lb. belaufen. Diesen Produktionskosten steht heute ein Preis von 7 cts. gegenüber. Unter den heutigen Preisverhältnissen ist deshalb eine Rentabilität des Mansfelder Kupferbergbaues nicht zu erzielen. Will man aus sozialen Gründen die Betriebe fortführen, so muß man bis zum Eintritt besserer Preisverhältnisse staatliche Zuschüsse gewähren. Die Arbeiter, die bisher ungeheure Opfer gebracht haben, sind außerstande, weitere zu übernehmen. Darüber müssen sich auch die amtlichen Stellen im klaren sein.

Wie soll Lothringen saniert werden?

Verstaatlichung die einzige Rettung.

Wohl bei keinem anderen Montankonzern ist die Frage der Sanierung so brennend geworden, wie das beim Lothringen-Konzern der Fall ist. Wenn es bislang nicht möglich gewesen ist, ein Sanierungsprogramm vorzulegen, so geht das auf die Interessengegenstände der Banken zurück, die mit mehr als 33 Mill. M. Forderungen die derzeitigen Wächter des Konzerns sind. Diese scheinen sich aber über den Wert ihrer Forderungen noch nicht klar oder einig zu sein.

Auf der anderen Seite stehen die Aktionäre, welche die modernen Anlagen vor Augen haben und infolgedessen einen scharfen Kampf gegen den Kapitalschnitt führen, wodurch sie aus ihrem Besitz gedrängt würden.

Während so der Streit der Meinungen über das Problem der Kapitalisierung hin- und herwagt, nagt die ungeheure laufende Zinslast unerträglich und unaufhaltsam weiter an der schon arg fadenförmigen Kapitalbedeckung des Unternehmens. — In den letzten Tagen hat sich

der Aufsichtsrat

von Lothringen wieder einmal eingehend mit der Sanierungsfrage befaßt, ohne aber zu irgendeinem Erfolge zu kommen. Die Kohlenzechen des Konzerns haben zwar entsprechend der Allgemeintendenz im Kohlenbergbau in den letzten Wochen mit etwas höheren Erträgen gearbeitet; diese werden aber reiflos, wie es in dem Bericht des Aufsichtsrats heißt, von den laufenden Zinslasten aufgezehrt.

Inzwischen hat man sich bemüht, durch einen Verkauf oder eine Verpachtung der dem ursprünglichen Kohlenunternehmen wesensfremden eisenhaltenden und -verarbeitenden Betriebe eine gewisse Erleichterung zu bekommen. Aber bis heute hat sich kein Liebhaber für ein derartiges Geschäft gefunden. Vor allem gilt das von der Eisen- und Hütten-UG. Bochum, die bekanntlich der Kern des Uebels beim Lothringen-Konzern ist.

Man hat sich bereits heute damit abgefunden, dieses Unternehmen zukünftig noch enger mit der Bergbau-UG. Lothringen zusammenzuschließen. Letztere hat allein 25,56 Mill. M. Bürgschaftsverpflichtungen für die Eisen- und Hütten-UG. übernommen, und es besteht keine Aussicht, dieses Schuldverhältnis in absehbarer Zeit zu liquidieren. Das hat die Lothringen-Verwaltung offensichtlich seit langem eingesehen und daher ihren Aktienbesitz an den Eisen- und Hüttenwerken inzwischen ganz abgeschrieben.

Die Entwicklung der Dinge lehrt hier mit aller Deutlichkeit, daß der Rückweg aus dem Chaos der kapitalistischen Monopolwirtschaft durch unüberwindbare Hindernisse versperrt ist. Der so häufig gepriesene Unternehmergeist konnte war ein kompliziertes Gebäude errichten, aber trotzdem es schon seit langen Jahren bedenklich in seinen Fugen crackte, glaubte die Lothringen-Ver-

waltung durch eine geradezu frivole Politik des Schuldenmachens den Boden unter den Füßen halten zu können.

Bereits im Jahre 1929 hatte man "saniert", wenigstens bilanzmäßig, indem das damalige Aktienkapital um 30 Mill. M. auf 50 Mill. M. zusammengelegt wurde. Diese Sanierung schaffte zwar in der Bilanz von 1929 eine gewisse Entlastung der Passiven, aber im Endeffekt wurde gar nichts erzielt, denn die Verbindlichkeiten blieben unberührt und stiegen weiter von Tag zu Tag, bis sie heute eine Höhe von mehr als 75 Mill. M. erreicht haben (darunter etwa 33 Mill. M. Bankschulden).

Die Aktionäre, welche damals ahnungslos jenem Sanierungsorschlag zustimmten, müssen heute zunächst die Rechnung mit einem scharfen Kapitalschnitt durch Zusammenlegung ihrer Aktien von mindestens 10 zu 1 bezahlen, denn die zehn Gläubigerbanken des Konzerns hatten frühzeitig das drohende Gespenst der Illiquidität bereits in den früheren Bilanzen erkannt und die Sicherstellung wenigstens des größten Teiles ihrer Forderungen durch hypothekarische Eintragungen und Verpfändung von Wertpapieren, ja sogar der Vorräte durchgesetzt.

Heute sind also die Banken Herren der Situation. Aber um den Lothringen-Konzern zu retten, genügt nicht allein eine Bilanzkorrektur durch Zusammenlegung des Aktienkapitals, sondern es müssen ihm auf irgendeinem Wege neue Mittel zugeführt werden. Daß sich hierfür nach Lage der Verhältnisse kein neuer Geldgeber findet, dürfte wohl so gut wie sicher sein. Die jetzigen Gläubigerbanken müssen sich also wohl oder übel schon bequemen, für neue Mittel zu sorgen, wenn sie nicht einen Teil ihrer Forderungen verlieren wollen.

Aber hier treten neue Schwierigkeiten auf, die weniger in der Beschaffung der nötigen Geldbeträge, sondern in dem mit der Kapitalanlage verbundenen Risiko liegen. Bei der vorzunehmenden Bilanzkorrektur werden sich die Banken zweifellos in den Besitz des nun erhöhten Teiles des Aktienkapitals setzen und diesen entweder als zusätzliche Sicherheit oder hiermit einen Teil ihrer Forderungen mobilisieren.

Hiermit würde zwar, wie im Jahre 1929, eine bilanzmäßige Entlastung der Passiven erfolgen, aber durch die notwendige Zuführung neuer Mittel würde bei solchem Wiederanstieg der Verbindlichkeiten mit Sicherheit ein abermaliger Verfall des Eigenkapitals einsehen. Die Sanierungsaktion wäre also unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur mit dem Risiko eines Verlustes des wiedergeschafften Eigenkapitals, sondern aller neu zugeführten Mittel verbunden.

Die an der Sanierung von Lothringen interessierten Banken haben diese Gefahr offensichtlich erkannt, und man ist sich scheinend noch nicht schlüssig geworden, wie man das Risiko aus dem Sanierungsgeschäft gleichmäßig verteilt. Der durch Sicherheiten gedeckte Wert der einzelnen Forderungen spielt hierbei die Hauptrolle.

Alle diese Schwierigkeiten sind ein Schulbeispiel dafür, daß eine Heilung dieser Schäden über den privatkapitalistischen Mechanismus nicht möglich ist. Um hier die Allgemeinheit vor größerem Schaden zu bewahren, bleibt nur eins übrig: daß diese durch die privatwirtschaftliche Spekulationswut immer noch gefährdeten Betriebe endlich in Staatsbesitz überführt werden!

46. Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 6. bis 12. November 1932

Woche

Veränderungen in der Sozialversicherung.

Un unsere Leser!

Auf vielseitigen Wunsch beginnen wir in dieser Nummer unserer Zeitung mit dem Abdruck des

Bergarbeiterromans „König Kohle“.

„König Kohle“ — so schreibt der bekannte amerikanische Schriftsteller Upton Sinclair — schildert wahrheitsgetreu das Leben des Arbeiters in vielen nichtorganisierten Kohlengruben Amerikas. Der Verfasser nannte keine bestimmten Orte; sind doch, der weiten Entfernungen ungeachtet, die Verhältnisse in West-Virginien, Alabama, Michigan, Minnesota und Colorado die gleichen. Der Autor beruhte hauptsächlich auf dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1913-14 und war Zeuge der Verhältnisse und Ereignisse, die das Buch schildert. Die Charakteristiken entsprechen Menschen, denen er begegnete; die sozial bedeutungsvollen Zwischenfälle können als typisch gelten und beruhen auf Tatsachen.

Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern führen im Lande der „Freiheit“ jenes Dasein, das in „König Kohle“ geschildert ist.

Durch diesen Roman werden wir also mit dem Leben der amerikanischen Bergarbeiter eng vertraut gemacht. Wir hoffen deshalb, daß dieser Roman die weitestgehende Beachtung und Zustimmung unserer Leser findet. Die Redaktion.

eingestellt, so ist es von vornherein ein „Sozialdemokrat“, und man spricht dann von „Parteiwirtschaft“.

Wir würden auf den Quark, der in der Eingabe verzapft wird, gar nicht eingehen, wenn die Nazis sie in der „Roten Erde“ nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht hätten. Nachdem dies geschehen, müssen wir zu der Sache kurz Stellung nehmen. Die Einstellungen und Entlassungen sind bei der Ruhrknappschafft unter Beachtung aller Bestimmungen der Gesetze, der Sozialisierung und der Geschäftsordnungen und der abgeschlossenen Tarife erfolgt. Die hierzu notwendigen Beschlüsse des Vorstandes sind einstimmig gefaßt. Es würde eine Herabsetzung der übrigen Vorstandsmitglieder, die den verschiedensten Organisationsrichtungen angehören, bedeuten, wenn wir hier auseinandersehen wollten, daß der Vorsitzende Kamerad Fritz Viktor nicht allein die Macht in der Knappschafft innehat und demzufolge auch nicht allein für die Einstellungen und Entlassungen verantwortlich zu machen ist. Angesichts des katastrophalen Rückgangs der Mitglieder wird die Knappschafft in der nächsten Zeit noch mehr Angestellte entlassen müssen. Die Auswahl der zu Entlassenden wird nach wie vor nach der Leistungsfähigkeit, der Entbehrlichkeit, aber auch nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen.

40 Neuaufnahmen

für den Verband machte der Kamerad und Jugendobmann

Willi Bafel aus Gelsenkirchen

in einem Zeitraum von 14 Tagen. Dieser Werbeerfolg zeigt, daß zäher und unermüdlicher Arbeitswille unserer Funktionäre trotz der Ungunst der Verhältnisse vieles zu leisten vermag. Wer macht es dem Kameraden Bafel, dem wir zu seinem Erfolge gratulieren, nach?

Wenige Tage vor der Reichstagswahl versuchte die Regierung der Hitlerbarone, sich Sympathien bei der Arbeiterschaft zu erwerben. Der Rentenraub vom 14. Juni d. J., die erste große sozialpolitische Tat Papens, wurde ein wenig gemildert. Von den, den Sozialrentnern und Arbeitslosen genannten 860 Mill. M. wird ihnen ein ganz kleiner Bruchteil wieder gewährt. Die Maßnahme scheint aber nicht der Erkenntnis des begangenen Unrechts entspringen zu sein, sondern ist vielmehr als ein Wahlköder gewertet worden. Sie paßt nämlich nicht in den Rahmen der Verordnung vom 5. September, durch die sich die Papen-Regierung Vollmacht erteilt hat, in allen Zweigen der Versicherungen weitere Veränderungen vornehmen zu können. Es erscheint zu ungewiß, als habe sich nun vom 5. September bis zum 19. Oktober ein völliger Umsturz in der Sozialversicherung gezeigt. Dabei schreien die Träger der Papen-Regierung, die Großindustriellen, die Großhändler und das vom Hitlerismus verführte Bürgertum auch heute noch genau wie vor Monaten nach weiterem Abbau der sozialen Leistungen.

Arbeitslosenversicherung

Ist durch die neue Verordnung vorgesehen, daß Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach der Lohnklasse 1 bis 6 mit mindestens einem Familiengzuschlag beziehen, zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage erhalten. Gewährt wird die Zulage, wenn dem Arbeitslosen für sechs zusammenhängende Wochentage die Hauptunterstützung gezahlt werden muß. Scheidet der Arbeitslose aus der Hauptunterstützung aus, so sind die außer Betracht gebliebenen Unterstützungstage zusammenzuzählen und sobald sich sechs ergeben, ist auch hierfür die Zulage zu gewähren. Die Zulage beträgt, ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage:

1. bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 M.,
2. bei Arbeitslosen mit drei oder vier zuschlagsberechtigten Angehörigen 3 M.,
3. bei Arbeitslosen mit mehr als vier zuschlagsberechtigten Angehörigen 4 M.

Verändert sich während des Zeitraumes, der für die Zulage maßgebend ist, die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen, so wird die Zulage nach der höchsten Angehörigenzahl gewährt. Bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung bleibt die Zulage außer Betracht. Arbeitslose einer höheren Lohnklasse als 6 erhalten die Zulage zur Unterstützung, nur soweit, als ihre Unterstützung ohne die Zulage weniger beträgt, als der entsprechende Satz in der Lohnklasse 6 und die Zulage zusammen betragen. Diese Bestimmung erläutert nochmals, daß die Zulagen nur den Arbeitslosen der unteren Lohnklassen zugute kommen soll und denen der höheren nur in Ausnahmefällen und im beschränkten Maße. Als Beispiel folgendes: Nach den bisherigen Bestimmungen bezog ein Arbeitsloser in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A nach Lohnklasse 6 mit zwei Angehörigen wöchentlich 12 M., ein Arbeitsloser derselben Orts- oder Sonderklasse nach Lohnklasse 7 14,70 M. Unterstützung. Der Arbeitslose der Lohnklasse 6 erhält ab 31. Oktober wöchentlich 14 M., der nach Lohnklasse 7 bleibt bei dem Satz von 14,70 M. stehen. In der Ortsklasse B erhielt ein Arbeitsloser mit zwei Angehörigen nach Lohnklasse 6 bisher 10,80 M., einer nach Lohnklasse 7 12 M. Wochenunterstützung. In Zukunft erhält ersterer 10,80 M. Unterstützung + 2 M. Zulage = 12,80 M. wöchentlich. Der Letztere erhält ebenfalls 12,80 M., nämlich 12 M. Unterstützung + 0,80 M. Zulage. Ein anderes Beispiel: Ein Arbeitsloser der Sonder- oder Ortsklasse A mit fünf Angehörigen erhielt bisher nach Lohnklasse 6 17,40 M., einer in derselben Ortsklasse mit derselben Zahl der Angehörigen nach der Lohnklasse 7 21,90 M. an Unterstützung. In Zukunft erhält ersterer 17,40 M. Unterstützung + 4 M. Zulage, also 21,40 M. Der

Letztere erhält wie bisher 21,90 M. weiter, weil seine Bezüge noch über den Unterstützungssatz plus Zulage des der Lohnklasse 6 hinausgehen. Dagegen zeigt sich bei Arbeitslosen in der Ortsklasse B bis E in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern ein anderes Bild. Ein Arbeitsloser der Lohnklasse 8 in Ortsklasse B mit fünf Angehörigen bezog bisher wöchentlich 16,20 M., einer der Lohnklasse 7 17,40 M. Ab 31. Oktober erhält der Arbeitslose der Lohnklasse 6 16,20 M. Unterstützung + 4 M. Zulage = 20,20 M., der der Lohnklasse 7 erhält ebenfalls 20,20 M., nämlich 17,40 M. Unterstützung + 2,80 M. Zulage = 20,20 M. Es erhalten also die Arbeitslosen der höheren Lohnklassen als 6 die Zulage nur so weit, als die Unterstützung und Zulage eines Arbeitslosen der Lohnklasse 6 ihre Unterstützung übersteigt. Da die Lohnklasse 8 dieselben Sätze wie Lohnklasse 7 hat, tritt auch bei dieser eine kleine Erhöhung ein, ausgeschloffen bleiben jedoch vollständig die Lohnklassen 9 bis 11. Noch anders gestaltet sich das Bild in Orten der Ortsklasse B bis E in Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern. Hier erhält ein Arbeitsloser mit zwei Angehörigen bisher nach Lohnklasse 6 9 M., einer der Lohnklasse 7 10,80 M., einer der Lohnklasse 10 12 M. Unterstützung. Nach den neuen Bestimmungen erhält ersterer ab 31. Oktober 9 M. Unterstützung + 2 M. Zulage = 11 M. Der zweite erhält in Zukunft 10,80 M. Unterstützung + 0,20 M. Zulage = 11 M., der dritte bleibt auf seinem Satz von 12 M. stehen. In derselben Ortsklasse bezog ein Arbeitsloser mit fünf Angehörigen nach Lohnklasse 6 13,50 M., einer der Lohnklasse 7 16,20 M., einer der Lohnklasse 10 17,40 M. In Zukunft erhält der erste 13,50 M. Unterstützung + 4 M. Zulage = 17,50 M., der zweite erhält 16,20 M. Unterstützung + 1,30 M. Zulage = 17,50 M., der Letztere erhält 17,40 M. Unterstützung + 0,10 M. Zulage = 17,50 M. Hier tritt also auch in den oberen Klassen eine geringe Erhöhung ein. Allgemein erhalten aber die Arbeitslosen sowie die Krisenunterstützungsempfänger ab 31. Oktober in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern die Sätze der Sonderklasse und der Ortsklasse A, in allen Orten der Ortsklasse B die Sätze wie in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegrößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis 1. April 1933 ergeben, kann aus Mitteln der Reichsanstalt ein Betrag von 8 Millionen Mark verwendet werden. Nähere Bestimmungen hierüber trifft der Präsident der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers. (Schluß folgt.)

Aus der Ruhrknappschafft.

Nazibeschwerde beim Reichsarbeitsminister.

Die Ruhrknappschafft, die in den letzten Jahren fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat, war gezwungen, die Zahl der bei ihr beschäftigten Angestellten der geringeren Mitgliederzahl anzugleichen. Zunächst hatte der Vorstand der Ruhrknappschafft die Verminderung dadurch zu erreichen versucht, daß er den natürlichen Abgang nicht ersetzte. Als jedoch dieser nicht ausreichte, mußte man zu Pensionierungen und Entlassungen schreiten. Drei von den gefürchteten Angestellten glauben, daß ihnen allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei gekündigt worden sei. Sie verlangen vom Reichsarbeitsminister, daß er ihre Wiedereinstellung veranlaßt.

Bei dieser Gelegenheit verdächtigen sie auch den Kameraden Fritz Viktor, als Vorsitzenden des Vorstandes der Ruhrknappschafft, daß er Sozialdemokraten begünstige. So wären in den letzten Jahren als Lehrlinge und Laufburschen fast nur Söhne von Sozialdemokraten eingestellt worden. Die Herren Nazis, die diese Beschwerde verbrochen haben, sind anscheinend der Auffassung, daß die Knappschafft auch heute noch so wie früher nur das Reservat für durchgefallene höhere Schüler der sogenannten besseren Bürger sein dürfte. Wird ein Bergmannskind

Er hat eine Schule voll Wissen gegründet,
Hurra für dich und für mich!
Oh, Biza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Affenbaum scheint der Mond so hell,
Oh, Biza-Ann, ich fange an
Zu fingen das Lied von Harrigan!
Oh, Biza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Affenbaum scheint der Mond...

Und so ging es weiter und weiter, solange eben der Mond in den Universitätspark scheinen mochte. Es war ein Gemisch des übermütigen Unsinns und der ernstesten Fragen, mit denen die moderne Jugend in letzter Zeit begonnen hat, die Alten zu quälen. Als Marschlied hatte der Sang ein etwas zu schnelles Tempo; Hal Warner blieb zuweilen stehen, brüllte sein Lied den Felswänden entgegen, lauschte ihrer Antwort und wanderte dann weiter. Jugend blühte in seinem Herzen und Liebe und Neugierde; auch besaß er in seinen Taschen etwas Kleingeld und, für den äußersten Notfall, eine Fehdbanknote im Gürtel eingenaht.

Doch war der Weg steil und beschwerlich; nach einiger Zeit begann der Wanderer das Gewicht der Stiefel zu fühlen, und sein Gefang verstumte. Als die Sonne hinter dem Canon versank, hatte er seinen Bestimmungsort erreicht — ein Tor, das die Straße absperrete, und auf dem zu lesen war:

Fichten-Schlucht-Kohlen-AG.
Privateigentum
Eintritt verboten!

Hal näherte sich dem versperrten Eisentor. Nachdem er seinen Augenblick verharrt hatte, um seine Stimme auf den rechten Tonfall einzustellen, gab er dem Tor einen Fußtritt, worauf ein Mann aus einem Bretterverschlag trat.

„Was wollen Sie?“
„Ich will hinein. Suche Arbeit.“
„Woher kommen Sie?“
„Aus Pedro.“
„Wo haben Sie bisher gearbeitet?“
„In einer Spezereihandlung.“
„In welcher?“
„Peterson & Cie., Western Elm.“
Der Wächter trat näher ans Tor und betrachtete ihn durch das Gitter.

„He, Bill!“ rief er, und ein zweiter Mann trat aus dem Verschlag. „Dieser Kerl sagt, daß er in einer Spezereihandlung gearbeitet hat und nun Arbeit sucht.“
„Wo sind Ihre Papiere?“ fragte Bill.
Alle hatten Hal erzählt, daß es im Bergwerk zumeist Arbeiter gebe und daß sich die Gesellschaft gierig auf jeden einzelnen stürze; er meinte, ein Arbeiter brauche nur anzuklopfen und es würde ihm aufgetan. Er glaubte mit Bestimmtheit, daß selbst ein Trunkenbold im Kohlenrevier Einlaß fände. Die beiden jedoch machten keine Miene, das Tor zu öffnen.

Der zweite betrachtete ihn vom Scheitel bis zur Sohle, und Hal hatte die peinliche Empfindung, verdächtig zu werden. „Es ist alles in Ordnung“, sagte er, „lassen Sie mich ein und ich werde es Ihnen beweisen.“

Aber die beiden rührten sich noch immer nicht; sie sahen einander an, dann erwiderte Bill: „Wir brauchen keine Arbeiter.“
„Ich habe doch im Canon einen Anschlag gesehen“, rief Hal.
„Das ist ein alter Anschlag“, erwiderte Bill.
„Und ich bin deshalb den ganzen Weg hergegangen!“
„Der Rückweg wird Ihnen leichter fallen.“
„Aber — es ist bereits Nacht.“
„Fürchtet das Kind sich im Dunkeln?“ spottete Bill.
„Hören Sie“, entgegnete Hal, „geben Sie mir doch wenigstens eine Möglichkeit. Kann ich nicht meine Verpflegung irgendwie bezahlen, — wenigstens ein Lager für heute Nacht?“
„Es gibt hier nichts für Sie“, sagte Bill, wandte sich um und schritt in den Verschlag zurück.

Der andere Mann verharrte ruhig, wartete und beobachtete den Ankömmling mit feindseligen Blicken. Hal verfluchte ihn zu erweichen, erhielt aber nur dreimal die Antwort: „Scheren Sie sich den Canon hinunter!“ So gab er denn schließlich nach, ging ein paar Schritte weiter und setzte sich hin, um zu überlegen.

Es schien ihm wirklich ein völlig unlogisches Vorgehen, Anschläge mit den Worten: „Arbeiter werden gesucht“ an auf-fallenden Stellen der Straße anzubringen, so daß man daraufhin dreizehn Meilen durch einen Bergcanon hinaufklettern, nur, um dann ohne jegliche Erklärung wieder fortgeschickt zu werden. Hal war überzeugt, daß es innerhalb der Umzäunung Beschäftigung genug gab und daß er, gelänge es ihm, die Aufseher zu sprechen, sie wohl zu überreden verstände. Er erhob sich und schritt abwärts, die Straße entlang, bis zu jener Stelle, wo die durch den Canon führende Eisenbahn den Weg kreuzte. Ein Zug leerer Wagen, der dem Kohlenrevier zustrebte, fuhr eben vorbei; die Karren ratterten und dröhnten, die Lokomotive leuchtete mühsam den Anstieg herauf. Das erschien ihm eine günstige Gelegenheit, die Frage zu lösen.

Es dunkelte bereits. Leicht gebückt, näherte sich Hal dem Zug, und als er sich völlig im Schatten befand, sprang er mit einem Satz auf einen der Wagen. Sogleich war er hineingeklettert, streckte sich flach am Boden hin und wartete; sein Herz klopfte heftig.

Noch ehe eine Minute vergangen war, hörte er einen Ruf und sah, über den Rand des Wagens blickend, den biffigen Lormwächter herbeirennen, dem Bill auf den Fersen folgte.

„He! Heraus da!“ schrien sie, und schon hatte Bill, herbefspringend, den Wagen erreicht, in dem Hal lag. Der sah, daß das Spiel verloren war, sprang auf der anderen Seite ab und begann zu laufen. Bill folgte ihm, und als der Zug vorbei war, kam auch der andere nach. Hal hastete stumm dahin; doch mit nicht wiederzugebenden Flüchen packte der Lormwächter Hal beim Kragen, stieß ihn heftig, und sein Fuß tam in Berührung mit jenem Körperteil, den die Natur zum

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Am Saume des Gebirges lag die Stadt Pedro: einige verstreute Läden und Kneipen, von denen aus die Zweigbahnen nach den Canons liefen, die sie mit Nahrung versorgten. Die ganze Woche über schlief die Stadt friedlich und still, an Samstagabenden jedoch, wenn die Bergleute zu Tal stiegen, und die Farmer zu Pferd oder in Autos anlangten, erwachte in ihr wimmelndes Leben.

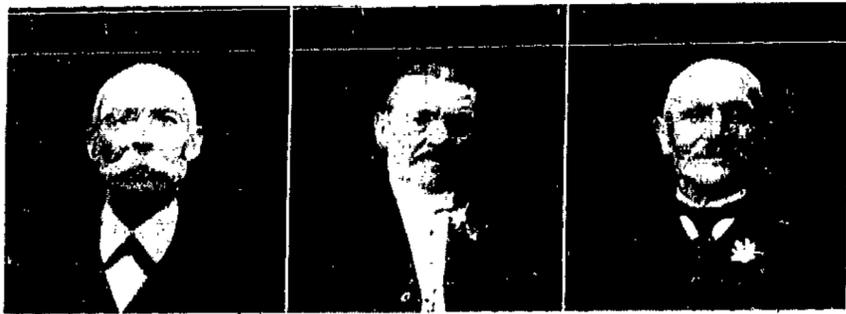
Auf der Bahnstation verließ eines Tages, spät im Juni, ein junger Mann den Zug. Er mochte etwa einundzwanzig Jahre zählen, hatte feine, ausdrucksvolle Züge und braunes, leichtgewelltes Haar. Den verschossenen, fadenförmigen Anzug hatte er in jenem Viertel seiner Vaterstadt gekauft, wo jüdische Händler ihre Waren auf dem Trottoir feilboten; sein Hemd war blau und schmutzig, und die schweren Stiefel hatten bereits viel Arbeit geleistet. Auf den Rücken hatte er noch andere Kleidungsstücke und eine Decke geschnallt, in seiner Tasche steckten ein Kamm, eine Zahnbürste und ein kleiner Spiegel.

Im Raucherabteil des Zuges hatte der junge Mann den Gesprächen über die Kohlengruben gelauscht und sich die Sprechweise der Redenden einzuprägen versucht. Den Zug verlassend, ging er noch einige Schritte das Geleise entlang, vergrub die Hände in Äsche und beschmierte auch das Gesicht damit. Nachdem er das Ergebnis im Spiegel befehen, schlenderte er die Hauptstraße von Pedro entlang und betrat nach einigem Nachdenken einen kleinen Tabakladen. Mit einer Stimme, der er einen möglichst mürrischen Klang verlieh, fragte er die Bedienterin: „Können Sie mir sagen, wie ich zur Fichten-Schlucht-Grube gelange?“

Die Frau sah ihn an; keinerlei Mißtrauen lag in ihrem Blick. Sie erteilte ihm die gewünschte Auskunft, und er fuhr mit einer Draifine bis zum Fuß des Fichten-Schlucht-Canons, von wo aus er nach dreizehn Meilen zu Fuß gehen mußte. Es war ein sonniger Tag, der Himmel leuchtete in kristallener Klarheit, frisch und belebend wehte die Bergluft. Der junge Mann schien fröhlich zu sein; wie er so dahinwanderte, sang er ein Lied, das viele Strophen hatte:

„Der alte König Kohle ist ein fröhlicher Kauz,
Ein fröhlicher Kauz ist er sicherlich;

Drei Veteranen von 1889.



Wilhelm Sander
Linden-Dahlhausen.

August Preuß
Bockum-Hövel

Gustav Liebold
Bockum-Hövel

In seinem Lager stand die Menschlichkeit.

Mit dem am 28. Oktober verstorbenen Präsidenten der Bergarbeiterinternationale, Joseph Dejar din, verbanden uns besonders herzliche persönliche Beziehungen. So ist es zu verstehen, daß uns sein unerwarteter Tod aufs tiefste getroffen hat. Witten aus seiner der Arbeiterklasse gewidmeten Lebensarbeit heraus wurde er in einem Augenblick abberufen, wo sein Führertum, sein Rat, seine reiche Erfahrung am dringendsten benötigt wurden. Nicht nur die belgischen Bergarbeiter, die belgische Arbeiterpartei, das belgische Parlament, dem er ein ganzes Menschenalter angehört hat, sein Heimatort, dessen Verwaltung er als Ehrenbürgermeister betreute, empfinden seinen Heimgang als einen schweren Verlust, sondern darüber hinaus die gesamte Bergarbeiterinternationale, die ihn noch vor wenigen Wochen einstimmig zum Präsidenten erwählt hatte.

Sein Leben war Kampf, ein Kämpfen für höchste Menschheitsziele. Am 21. März 1873 erblickte er als ein Bergarbeiterkind das Licht der Welt. Er wuchs in dem Elend auf, in dem damals die Bergleute in den eben erschlossenen belgischen Kohlengruben leben mußten. Seine Kindheitseindrücke waren für sein späteres Leben entscheidend. Uns erscheint es heute beinahe unglücklich, daß er schon mit elf Jahren zur Fackel geschickt wurde. Er hat die Bitterkeit des Bergarbeiterschicksals bis zum letzten auskosten müssen. Aber gerade das bestimmte ihn, sich nicht damit abzufinden, sondern dagegen anzukämpfen. Schon in früher Jugend schloß er sich dem Sozialismus an und wurde bald ein eifriger Agitator für die Organisation der Bergleute. So gewann er Vertrauen. Er wurde Funktionär, und schon in den großen Bergarbeiterkämpfen in den 90er Jahren spielte er eine führende Rolle.

1895 wurde er Vorstandsmitglied im Bergarbeiterverband des Külticher Reviers. Er hat diese Stellung bis zu seinem Tode bekleidet — und was hat er aus ihr gemacht. Von dieser Stellung aus wurde er Vorsitzender des belgischen Bergarbeiterverbandes, dessen Aufbau er nach deutschen Vorbildern vornahm. Schon in jungen Jahren wurde er Parlamentarier und ein weithin geachteter Kommunalpolitiker. In seinem Heimatort Beyne-Heusay berief ihn das Vertrauen seiner Kameraden erst zum Gemeindefürsorge, dann zum Bürgermeister. Als der Krieg ausbrach, wußte er die Interessen seiner Gemeinde mit Energie bei der deutschen Besatzungsbehörde zu vertreten. Sein mutiges Auftreten verschaffte ihm dabei manche Unannehmlichkeiten und schließlich wurde er sogar nach Deutschland deportiert. Die Größe seines Menschentums und die Echtheit seiner sozialistischen Gesinnung offenbarten sich darin, daß er aus dem ihm im Kriege zugefügten Unrecht und Leid keinerlei Groll gegen Deutschland und das deutsche Volk herleitete. Er war nach dem Kriege der erste, der den deutschen Arbeitern wieder die Hand reichte, als man in manchen Orientie-

ländern noch nicht daran dachte, und seiner Initiative ist es zu verdanken, daß die Bergarbeiter als erste Berufsinternationale sich wieder zusammensanden. Daraus erklärt sich ohne weiteres, daß er innerhalb der Bergarbeiterinternationale einen Einfluß gewann wie selten einer und aus der festen Ueberzeugung, damit die beste Wahl getroffen zu haben, bestellte ihn die Internationale zum Vorsitzenden, ein Amt, das er stellvertretend schon seit Jahr und Tag mit Umsicht und Geschick versehen hatte.

Es war ihm nicht vergönnt, diese ihm auf dem Londoner Bergarbeiterkongreß neu übertragene Aufgabe längere Zeit zu erfüllen. Ein seltenes Geschick scheint die Amtsdauer der Präsidenten der Internationale abzukürzen. Wieviel Trauerfälle waren innerhalb des Internationalen Bergarbeiterkomitees in den letzten Jahren schon zu verzeichnen... Aber Joseph Dejar din hat ein Erbe hinterlassen, das anzutreten Gewinn bringt. Sein Vorbild nämlich wird unvergänglich sein. In der Geschichte der Bergarbeiter wird sein Name stets mit Ach-



Joseph Dejar din.

lung und Stolz genannt werden. Er war einer der Unfrigen in seinem Lager stand die Menschlichkeit.

Die schmerzliche Pflicht, dem Verbliebenen die letzte Ehre zu erweisen, erfüllte unser Vorsitzender Fr ih H u s e m a n seinen persönlichen Freund Dejar din war. Unübersehbar groß war die Menschenmenge, die am letzten Oktobertage Dejar din das Geleit gab. Was sterblich an ihm war, ist in seinem Heimatort Beyne-Heusay beigelegt worden. Unvergänglich aber wird sein Name sein, solange es eine belgische und internationale Bergarbeiterbewegung geben wird.

Gelbe Betriebsräte für Lohnabbau

Wie bereits schon in der Presse kurz erwähnt worden sind auch die Braunkohlenarbeiter auf ihre Weise dazu übergegangen, die Wirtschaft durch Vermehrung von Arbeitsplätzen zu beleben. Auf einzelnen Werken ist deshalb die tariflich festgesetzte Arbeitszeit von 8 Stunden auf 6 Stunden täglich herabgesetzt worden, um Arbeiter neu einzustellen. Hiermit war ein Lohnabbau von 25 Proz. verbunden, der nur bei den Arbeitern im Wochendurchschnitt nicht so furchtbar in Erscheinung tritt, da schon bisher 1 1/2 bis 2 Feiertagschichten hatten. Unsere Organisation hat sich gegen diesen brutalen Lohnraub in den stattgefundenen Betriebsverhandlungen gewandt und einen entsprechenden Lohnausgleich gefordert.

Als Reichsminister von Papen in München die erste Begründung seines Wirtschaftsprogramms gab, da wies er darauf hin, daß die Gesamtlohnsumme nicht in dem gleichen Ausmaße fallen dürfe, als eine Vermehrung der Beschäftigten eintritt, sondern müsse sogar noch ein Mehr an Kaufkraft dabei herausbringen. Nach der unwidersprochen gebliebenen Feststellung ist trotz der gefälligen Neueinstellungen insgesamt kein Pfennig mehr an Lohn gezahlt worden als bei dem alten Beschäftigstand. In den meisten Fällen ist die Gesamtlohnsumme trotz der erhöhten Sozialzulagen noch geringer als vormals. Es ist somit lediglich eine Verschlebung der Kaufkraft eingetreten. Der Lohn für den einzelnen ist um 25 Proz. vermindert, und danach fällt der Teil des Lohnes weg, der bisher zur Befriedigung solcher Bedürfnisse gedient hat, die über die nackte Existenzsicherung hinausragen. Ziehen wir noch in Betracht, daß die für die Neueinstellung bisher gezahlten Wohlfahrtsunterstützungen in Wegfall kommen, so bleibt es das Geheimnis der Arbeitgeber, wodurch das Mehr an Kaufkraft ersetzt werden soll.

Die Forderung auf Lohnausgleich ist deshalb volkswirtschaftlich vollkommen berechtigt und unser Verband wird auch in Zukunft den Kampf führen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wo immer es galt, den einheitlichen Kampf zu verhindern, waren besonders im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die von einigen reaktionären Unternehmen ausgehenden gelben Betriebsvereine bereit, im Dienste ihrer Auftraggeber den eigenen Klassengenossen in den Rücken zu fallen. Bei den Werken der Bubiag stimmten gelbe Betriebsräte vorbehaltlos einer 25prozentigen Lohnkürzung wegen Arbeitszeitverkürzung zu. Das selbe taten die gelben Betriebsräte im entscheidenden Augenblick auf den Mischelwerken. Auf der Grube Altwine von Bruckdorf-Mietleben erklärte der ehemalige Gelbeshauptling, der jetzt mit seinem Anhang zu den Nazis übergetreten ist, aus Anlaß des letzten Arbeitszeit- und Lohnkonflikts, die Nazis würden mit den Mitteln des Streikts diese Lohnkürzung beantragen. Bei der Abstimmung stimmten diese verkappten Gelben für Annahme der Lohnkürzung oder beteiligten sich größtenteils an der Abstimmung überhaupt nicht.

Wenn die Forderung unserer Organisation auf Lohnausgleich nicht realisiert werden konnte, so tragen die Gelben hierfür die Verantwortung. Die Haltung der gelben Führer in diesem Arbeitszeit- und Lohnkonflikt hat in Anbetracht des enormen Lohnabzuges — 6 bis 7 M. pro Woche — vielen Nachbarn die Augen geöffnet über das verräterische Treiben ihrer Beten. An euch, Kameraden, liegt es, diesen Arbeitern klarzumachen, daß nur der einmütige Zusammenschluß in der Organisation des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands die Gewähr dafür bietet, die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Empfang von Fußstapfen ausersehen hat. Hal gewann sein Gleichgewicht wieder, und als er merkte, daß ihn der Mann weiter verfolgte, wandte er sich um und verlegte ihm einen so heftigen Stoß gegen die Brust, daß er ins Schwanken geriet.

Hal's großer Bruder hatte dafür gesorgt, daß der jüngere seine Fäuste zu gebrauchen wisse; nun trat er einen Schritt zurück, bereit, den zweiten Angreifer zu empfangen. Doch schien es, als ob in Kohlenrevieren die Dinge nicht auf so primitive Art geregelt werden. Der Mann machte halt, und plötzlich befand sich der Lauf eines Revolvers dicht vor Hals Nase. „Stech hinauf!“ jagte der Mann.

Dieser Ausdruck war Hal fremd, doch war der Sinn nicht mißzuverstehen, und er hielt die Hände hoch. Im gleichen Augenblick stürzte sein erster Widersacher auf ihn los und verlegte ihm oberhalb der Augen einen Schlag, der ihn der Länge nach auf die Steine hinstreckte.

Als Hal wieder zur Besinnung kam, befand er sich in völliger Dunkelheit und verspürte vom Kopf bis zu den Füßen unerträgliche Schmerzen. Er lag auf Steinfliesen und rollte sich auf die andere Seite; doch rollte er bald wieder zurück, weil kein Fleckchen seines Körpers heil war. Später, als er wieder die Kraft hatte, sich zu betrachten, zählte er an die Duzend Spuren, die die schweren Stiefel der Angreifer an seinem Leib zurückgelassen hatten.

So lag er etwa zwei Stunden; die durch Gitterfenster hereinleuchtenden Sterne verrieten, daß er sich in einem Arrestlokal befand. Jemand schnarrte in seiner Nähe. Hal rief etlichemal mit immer lauter werdender Stimme, und fragte, als er schließlich ein Brummen vernahm: „Kann ich etwas Wasser bekommen?“

„Ich werde dir die Hölle geben, wenn du mich noch einmal aufweckst!“ murrte die Stimme; daraufhin blieb Hal bis zum Morgen schweigend liegen.

Einige Stunden nach Morgengrauen betrat ein Mann die Zelle. „Stehen Sie auf!“ jagte er und bekräftigte seine Worte mit einem Stoß. Hal hatte gemeint, er würde sich nicht erheben können, aber es gelang ihm dennoch.

„Machen Sie jetzt keine Dummheiten“, sagte sein Kerkermeister, packte ihn beim Knochel und führte ihn aus der Zelle, einen kleinen Gang entlang, in eine Art Büro, wo ein rotgesichtiger Mann saß, an dessen Kopf ein silbernes Schildchen befestigt war.

„Nun, Junge“, jagte der Mann im Lehnstuhl, „hatten Sie Zeit zum Nachdenken?“

„Ja“, erwiderte Hal kurz.

„Wie lautet die Anklage?“ fragte der Mann die beiden Wächter.

„Widerrechtliches Betreten fremden Eigentums und Widerstand bei der Verhaftung.“

„Wieviel Geld haben Sie, junger Mann?“ war die nächste Frage.

Hal zögerte.

„Antworten Sie!“ schnauzte ihn der Mann an. „Zwei Dollars und siebenundachtzig Cents, soweit ich mich entsinnen kann“, antwortete Hal.

„Schwören Sie nicht!“ sagte der andere. „Was erzählen Sie uns da?“ — Dann zu den Wächtern gewandt: „Durchsucht ihn!“

„Ziehen Sie Rock und Hose aus“, sagte Bill eifertig, „auch die Stiefel.“

„Aber hören Sie doch...“, protestierte Hal.

„Ziehen Sie aus“, jagte der Mann im Lehnstuhl und ballte die Fäuste. Hal fügte sich, und nun wurden seine Taschen durchsucht; es kamen zum Vorschein: eine Börse mit dem angegebenen Inhalt, ein starkes Taschenmesser, Zahnbürste, Kamm und Spiegel sowie zwei reine Taschentücher, die die Wächter geringfügig betrachteten und auf den vollgepackten Fußboden schleuderten. Sie rollten das Bündel auf und warfen die reinen Kleidungsstücke heraus. Dann, das Taschenmesser benutzend, untersuchten sie Sohlen und Abfäße der Stiefel und trennten das Futter der Kleidungsstücke auf; so fanden sie auch die im Gürtel verborgene Zehndollarnote, die sie zusammen mit den übrigen Habfeligkeiten auf den Tisch warfen. Das Individuum mit dem Schildchen verkündete: „Sie büßen mit zwölf Dollars siebenundachtzig Cents, Ihrer Uhr und dem Messer. Ihre Fingerringe können Sie behalten“, fügte er mit höhnischem Grinsen hinzu. „Hören Sie“, sagte Hal erboht, „das ist doch wirklich zu stark.“

„Ziehen Sie sich an, junger Mann, und schauen Sie, daß Sie weiterkommen. Sonst kann es Ihnen noch passieren, daß Sie im Hemd hinausfliegen.“

Hal jedoch war bereits so zornig, daß es ihm nichts ausgemacht hätte, nur mit seiner Haut bekleidet von dannen zu ziehen. „Wer sind Sie denn eigentlich, was berechtigt Sie zu diesem Vorgehen?“

„Ich bin der Berghauptmann des Kohlenreviers“, sagte der Mann im Lehnstuhl.

„Sie sind also ein Angestellter der Allgemeinen Beheizungs-gesellschaft? Und — Sie haben vor, mich auszurauben?“

„Wirf ihn hinaus, Bill“, sagte der Berghauptmann; und Hal sah, wie Bills Fäuste sich ballten.

„Gut“, sagte er, seine Empörung hinunterwürgend. „Warten Sie, bis ich angezogen bin“, und er begann sich so rasch wie möglich anzukleiden, rollte sein Bündel zusammen und strebte der Tür zu.

„Bergeffen Sie nicht“, bemerkte der Revieraufseher, „daß Sie direkt durch den Canon hinuntergehen haben; wenn Sie sich noch einmal hier oben blicken lassen, bekommen Sie eine Kugel ins Fell!“

So trat Hal, mit zwei Wächtern an der Seite, in den Sonnenschein hinaus. Er war von Liebe und Neugierde erfüllt gekommen, doch war die Liebe weit schwächer geworden; dies konnte nicht die Kraft sein, die die Räder der Industrie trieb.

Seine Neugierde jedoch war stärker denn je. Was ist es, das so sorgfältig hinter der Einzäunung des Kohlenreviers verborgen gehalten wird?

Hal wandte sich um und sah Bill an, der am vorhergehenden Tage einige Spuren von Humor gezeigt hatte. „Schauen Sie“, sagte er zu ihm, „Sie besitzen nun mein ganzes Geld, haben mir außerdem ein blaues Auge und blaue Flecken geschlagen; Sie können also zufrieden sein. Bevor ich gehe, könnten Sie es mir wirklich sagen.“

„Was soll ich Ihnen sagen?“ brummte Bill.

„Weshalb mir all dies geschah?“

„Weil Sie zu frech sind, Junge. Wußten Sie denn nicht, daß Sie sich hier nicht hereinstehlen können?“

„Ja“, meinte Hal, „aber ich will etwas anderes wissen. Weshalb haben Sie mich zuerst nicht hereingelassen?“

„Wenn Sie eine Beschäftigung im Bergwerk wollen“, fragte der Mann, „weshalb versuchen Sie es denn nicht auf dem üblichen Weg?“

„Ich kannte diesen üblichen Weg nicht.“

„Das ist es eben. Und wir wollen mit Ihnen nichts riskieren. Sie haben nicht recht geheuer aus.“

„Ja, wofür halten Sie mich denn, wovor fürchten Sie sich?“

„Lassen Sie es gut sein, mich legen Sie nicht hinein.“

Hal hinkte einige Schritte schweigend weiter und grübelte, wie er das Geheimnis entwirren könnte. „Ich sehe, daß Sie mich für verdächtig halten“, sagte er, „und ich will Ihnen die Wahrheit gestehen, wenn Sie es mir erlauben wollen.“ Dann, da der andere keinen Einspruch erhob, fügte er hinzu: „Ich komme von der Universität und wollte ein wenig das Leben sehen und auf eigenen Füßen stehen; ich glaube, es würde mir viel Spaß machen, hierherzukommen.“

„Nun“, meinte Bill, „hier ist kein Fußballplatz, sondern ein Kohlenbergwerk.“

Hal sah, daß ihm der andere glaubte. „Sagen Sie aufrecht: wofür hielten Sie mich?“

„Meinetwegen“, brummte Bill. „Hier laufen viele von diesen Gewerkschaftsagitatoren herum und versuchen, die Arbeiter zu organisieren, was uns gar nicht paßt. Unsere Gesellschaft nimmt ihre Arbeiter durch Agenturen auf. Wären Sie zu einem Agenten gegangen und von diesem verdingt worden, so hätten Sie leicht Einlaß gefunden. Wenn aber so ein Kerl vor dem Tor erscheint, der wie ein Herr aussieht und wie ein Univeritätsprofessor redet, so wird er nicht eingelassen. Verstanden?“

„Ja“, sagte Hal. „Wenn Sie mir für mein Geld wenigstens ein Frühstück geben würden, wäre ich sehr dankbar.“

„Die Frühstückzeit ist vorüber. Sie können hier warten, bis die Lannenzapfen reif werden.“ Bill lachte, kein eigener Witz schien ihn milder gestimmt zu haben; er entnahm seiner Tasche ein Stück Brot und reichte es Hal. Dann öffnete er das Tor und entließ ihn grinsend. So endete Hals erste Begegnung mit den „Rädern der Industrie“. (Fortf. folgt.)

Ein lehrreicher Rentenkampf.

Ärztliche Gutachten und Objektivität in einem Unfallreit.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein Arbeitnehmer, der einen Betriebsunfall erleidet, mehrfach geschädigt wird. Nicht nur, daß für die durch den Unfall herbeigeführte Krankheitszeit ein wesentlicher Lohnausfall eintritt, da die Vollrente nur zwei Drittel des Arbeitsverdienstes beträgt, werden auch Teilrenten um ein Drittel gekürzt. Aber damit sind die Mißbilligkeiten, die durch einen Betriebsunfall eintreten bzw. eintreten können, nicht erschöpft. Es kommt in vielen Fällen der gefährdete Rententritt hinzu. In der Hauptfrage hängt dabei das Ergebnis vom Urteil des Arztes ab. Als Laie nimmt man natürlich an, daß sich jeder Arzt der größten Objektivität befleißigt, daß er gewissermaßen über den Parteien thronet und nur seinem Gewissen und seiner ärztlichen Kenntnis verantwortlich bleibt. Ob aber der Leser nach Kenntnisnahme des folgenden Berichtes noch dieses Glaubens sein wird, muß sehr bezweifelt werden. Also über den fraglichen Fall ist folgendes zu berichten:

Der Hauer D. in R. erlitt gegen Ende 1924 bei der Gewerkschaft Gotteslegen einen Unfall dadurch, daß er beim Hundeschleppen gegen einen Stempel gedrückt wurde. Es trat eine Quetschung der rechten Brustseite ein. Er blieb nach dem Unfall noch in der Grube, ohne jedoch weiter zu arbeiten. Einige Tage darauf begab sich D. in ärztliche Behandlung bis im Januar 1925. Wie weiterhin aus den Unfallakten zu entnehmen war, mußte D. in der Folgezeit noch mehrmals krankfeiern und wurde sogar zweimal in einem Krankenhaus untergebracht. Nach den Erklärungen des Klägers bei der späteren bergamtlichen Untersuchung hätten sich seine im Anschluß an den Unfall eingestellten Beschwerden allmählich so sehr verschlimmert, daß er Ende 1928 die Arbeit einstellen und seine Invalidisierung habe betreiben müssen. Im Laufe des Monats Juli 1929 wurde bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft Antrag auf Unfallrente eingereicht mit der Begründung, daß das vorhandene Lungenseiden und seine Beschwerden auf den im November 1924 erlittenen Unfall zurückzuführen seien. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab mit der Begründung, daß der Kläger den Anspruch verspätet geltend gemacht habe. Gegen den ablehnenden Bescheid wurde Berufung beim Knappschaftsüberversicherungsamt in Freiberg eingelegt und neben einem Gutachten des behandelnden Arztes Dr. Schönfeld außerdem ein Gutachten vom Bezirkskrankenhaus Stollberg beigegeben, wonach bestätigt wurde, daß in den Unfallfolgen eine fortgeschrittene Verschlimmerung festzustellen sei. Der Einwand der Verjährung, den die Knappschaftsberufsgenossenschaft vorgebracht hatte, konnte also nicht durchschlagend, es mußten vielmehr nun die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (§ 1547) beachtet werden. Das Knappschaftsüberversicherungsamt sprach jedenfalls dem Kläger in seiner Sitzung vom 5. Februar 1930 eine monatliche Unfallrente von 40 Prozent der Vollrente zu.

Im September 1931 schickte nun die Knappschaftsberufsgenossenschaft den Kläger zur Beobachtung und Begutachtung, ob noch Unfallfolgen vorhanden seien, zum Stadtkrankenhaus Chemnitz. Das Gutachten dieses Krankenhauses fiel zuungunsten des Verletzten aus. Das Urteil lautete: „Es lassen sich zur Zeit keine Unfallfolgen feststellen. Ein alter Rippenbruch besteht nicht, keine Lungenblähung. Erwerbsverminderung durch Unfallfolgen unter 10 Prozent, da die Erkrankung des D. kein Unfallseiden ist. Der Zustand des Kranken erfordert ärztliche Behandlung.“

Daraufhin entzog die Knappschaftsberufsgenossenschaft die Unfallrente, wogegen der Verletzte durch seine Berufsorganisation Berufung einlegen ließ. Zur Klärung der Sachlage wurde gemäß § 1681 RVO. ein Gutachten vom Bezirkskrankenhaus Radebeul beigegeben. Der Chefarzt Dr. Schönemann, der warden beim Bezirkskrankenhaus Stollberg als Arzt tätig war und D. früher begutachtet hatte, kam zum entgegengesetzten Ur-

teil wie das Stadtkrankenhaus Chemnitz. In der Zusammenfassung seines Urteils sagte Dr. Schönemann: „Ich fasse mein Urteil dahin zusammen, daß ich eine wesentliche Veränderung an den Atmungsorganen gegenüber früher nicht finden kann. Einen Zusammenhang zwischen dem Unfall 1924 und dem jetzigen Seiden nehme ich unbedingt an.“ Die Minderung der Erwerbsfähigkeit durch die Unfallfolgen schätzte er weiterhin auf 40 Proz.

Unter Vorliegen dieser beiden sich einander widersprechenden ärztlichen Gutachten ging es vor das Knappschaftsüberversicherungsamt in Neudörsch in die Verhandlung. Nachdem der Sachverhalt und die beiden ärztlichen Gutachten zum Vortrag gebracht waren, beantragte der Vertreter D.'s, Kamerad Brülich vom Bergbauindustriearbeiterverband, die Weitergewährung der bisherigen Rente. Dem Vertreter der Knappschaftsberufsgenossenschaft mochte doch angesichts der widersprechenden Gutachten die Aussicht auf Erfolg bzw. Bestätigung des ergangenen Entziehungsbefehls zweifelhaft erscheinen, denn er beantragte Vertagung der Verhandlung mit dem Vorbringen, daß die Knappschaftsberufsgenossenschaft zur Klärung der Streitfrage ein weiteres Gutachten von der Universitätsklinik Leipzig beiziehen werde. Der Vertagung wurde stattgegeben. Der Kläger D. mußte später zur Beobachtung und Begutachtung in die Medizinische Universitätsklinik nach Leipzig und das Urteil dieser Stelle fiel wieder zuungunsten des Verletzten aus. In der Zusammenfassung sagt der Gutachter der Medizinischen Universitätsklinik: „... daß infolgedessen eine Besserung im Zustande des D. seit der letzten Rentenfestsetzung eingetreten ist, als sich erstmals ein Bronchialkatarrh nicht mehr nachweisen läßt und zweitens, daß D. durch die Folgen des am 17. November 1924 erlittenen Unfalls in der Erwerbsfähigkeit nicht mehr in mehrbarem Grade beeinträchtigt ist.“ Die Entziehung der Unfallrente seitens der Berufsgenossenschaft wurde somit von der Universitätsklinik Leipzig als richtig anerkannt. Dieses für den Kläger so außerordentlich wichtige Gutachten wurde abgegeben, ohne vom Kläger eine Röntgenaufnahme zu machen!

Die Aussichten, den Rechtsstreit zu gewinnen, waren nunmehr sehr gering, wenn nicht gänzlich aussichtslos. Vom Vertreter des Klägers wurde aber noch folgender Umstand in Erwägung gezogen: Die Sächsisch-Knappschaft hatte im Januar 1932 bei dem Kläger eine Nachprüfung von ihrem Vertrauensarzt Dr. Scholze in Delsitz darüber machen lassen, ob noch Berufsunfähigkeit zur Bergarbeit vorliege. Dr. Scholze hat D. mit dem ihm zur Verfügung stehenden vorzüglichen Röntgenapparat (Roch & Siergel, Dresden) einen eingehenden Untersuchung unterzogen, hatte ein eingehendes Gutachten abgegeben, worin zunächst die Berufsunfähigkeit weiter anerkannt und im besonderen waren die Schädigungen durch den Unfall besonders noch hervorgehoben worden. Infolgedessen wurde Dr. Scholze ersucht, ein Gutachten über D. abzugeben, dem er auch nachkam. In diesem Urteil sagt Dr. Scholze, daß Unfallfolgen, nach einem Mittelwert gerechnet, in Höhe von 50 Prozent der Vollrente vorhanden seien.

In der nun folgenden Verhandlung vor dem Knappschaftsüberversicherungsamt lagen nunmehr vier ärztliche Gutachten vor, wovon zwei immer das Gegenteil von dem anderen enthielten. Das Urteil des Knappschaftsüberversicherungsamts fiel schließlich zugunsten des Klägers aus. Das Knappschaftsüberversicherungsamt konnte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß in den Verhältnissen des Klägers D. eine wesentliche Veränderung eingetreten sei und verurteilte die Knappschaftsberufsgenossenschaft, die Unfallrente von 40 Prozent weiter zu zahlen.

Damit hatte also der interessante Rentenkampf, der einen Einblick in die Objektivität der Ärzte gewährt, mit Hilfe unseres Verbandes ein gutes Ende gefunden.

er sein Geld verloren hat oder noch verliert, sondern viel eher die Großmannsjucht und die Luderwirtschaft mancher Generaldirektoren und die grundsätzliche Politik der Unternehmerrückzieher und der Unternehmerrückzieher.

Um den getriebenen Blick des deutschen Volkes für politische Fragen zu klären, empfiehlt Spitzma, nach dem Vorbild des Arztes in einer orientalistischen Fabel, die Anwendung einer Augenfalbe. Wenn Spitzma sich bis in den Orient begibt, um dem deutschen Volke beizustehen, so ist dies sehr verdächtig. Höchstwahrscheinlich denkt er dabei an jenen Orient, wo frischer Kuhmist als beste Salbe sowohl gegen Wunden als auch getriebene Augen gilt. Einer solchen Salbe ähnlich wirken auch die Aufklärungsartikel Spitzmas. Als ich seinen letzten, betitelt: „Die Augenfalbe“ gelesen habe, überfiel mich nicht der Zorn, sondern es fielen mir die Worte Friedrich Nietzsches ein: „Nicht durch Zorn, sondern durch Lachen tötet man.“ Und ich lachte, wie ich noch nie gelacht habe. Wer also mitlachen kann, der stimme in das Gelächter über Spitzma als klärendem Augenarzt des deutschen Volkes ein! Kumpel!

Streitbruch- und Spitzelvereine im Braunkohlenbergbau.

Seit Wochen stehen die freien Gewerkschaften in vorderster Front eines bisher erfolgreich geführten Abwehrkampfes gegen die Kürzung der Löhne und die sozialpolitische Entrechtung der Arbeiterschaft. Daß dieser Kampf unter den gegenwärtigen schwachen arbeitsmarktpolitischen Verhältnissen und einer verstärkten politischen Reaktion mit Erfolg geführt werden konnte, ist das große Verdienst der Gewerkschaften. Diese haben die Kampfkraft der Arbeiter nicht durch sinnlose kommunistische Aktionen vorzeitig geschwächt, sondern sie zur gegebenen Zeit erfolgreich eingesetzt. Der Abwehrkampf ist den Arbeitgebern festig in die Knochen gefahren. Sie wollen deshalb mit allen nur erdenklichen Mitteln und Schikanen die Arbeiterschaft niederdrücken.

So versuchen die Braunkohlen-Industriebarone ihre gelben, wirtschaftsfeindlichen Vereine zu einer Kampfbewegung gegen die Gewerkschaften umzugestalten. Der günstige Wind wehte uns eine Dienstverweisung der Gelben für Vertrauensleute des Bezirke Borna auf den Tisch, wo mit aller Deutlichkeit die Leitbühnen der Gelben angewiesen werden, die Organisation des Streitbruchs zu betreiben und durch ein ausgeprochenes Spitzelgremium über das ganze Werk die Arbeiter zu denunzieren. Hier wird bestimmt, daß auf allen Werken in jeder Betriebsabteilung, Grube, Abraum, Fabrik, Werkstätte usw. für jede Schicht ein Netz von Vertrauensleuten geschaffen werden soll. Die Aufgabe dieser Obleute besteht darin, zu ermitteln: wer gehört den Gewerkschaften an, wer ist Rot-Front, wer ist neutral, wer sympathisiert mit der einen oder anderen Gruppe. Nachdem das festgestellt ist, soll der betreffende Vertrauensmann wie ein Korporal Buch führen über jeden einzelnen sowie auch über dessen Charaktereigenschaften. Ein gutes Verhältnis zum Betriebsführer wird als selbstverständlich betrachtet. Bei Streitigkeiten zwischen Gelben und Andersgesinnten hat der Obmann die Aufgabe, dem Gegner klarzumachen, daß er es mit ihm zu tun habe, was praktisch bedeutet, daß er denunziert und entlassen wird. Als die wichtigste Aufgabe aber wird bestimmt, daß der Obmann allmählich versuchen soll, die von betriebstechnischem Standpunkt aus betrachtet wichtigsten Posten mit Gelben zu besetzen; daß er dabei bei den Borgelegten ein williges Ohr findet, wird vorausgesetzt. Der Obmann soll sich hierbei von folgenden Erwägungen leiten lassen: „Wird meine Abteilung auf Grund irgendeiner parteipolitischen Kampfmaßnahme stillgelegt, so muß ich mit allen Mitteln versuchen, mit Hilfe meiner Abteilungs-kameraden meine Werksabteilung im Betrieb zu halten. Dazu gehört, daß möglichst wenig betriebswichtige Posten verlassen werden, und daß für diese Posten vorgebildete Kameraden als Ersatz herangezogen werden können.“

Hier wird mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, Anweisung zum Streitbruch gegeben. Wie elend muß es doch um die moralische und sittliche Erneuerung dieser Inspitatoren bestellt sein, die sich nicht scheuen, mit den verwerflichsten und verabscheuungswürdigsten Mitteln des Klassenverrats die Arbeiter zu spalten, um sie den Kapitalinteressen gefügig zu machen. Es verdient noch erwähnt zu werden, daß den Arbeitern, die sich zu dieser schändlichen Tat mißbrauchen lassen, eine erhöhte Entlohnung in Aussicht gestellt wird und daß bei allen Sitzungen die Werksdirektoren zugezogen werden sollen.

Braunkohlenbergarbeiter! Reißt diese traurigen Gestalten die Maske vom Gesicht, laßt euch nicht für einen Judaslohn dazu mißbrauchen, zum Verräter an den eigenen Klassengenossen zu werden. Gebt dieser moralisch verkommenen Gesellschaft die einzige richtige Diktung, tretet ein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Wer bedarf Spitzmas Augenfalbe?

Nicht durch Zorn, sondern durch Lachen tötet man.

Die Gewerkschaften haben viele Gegner. Wäre dies nicht der Fall, müßte man zweifeln, ob sie die Belange der Arbeiter in der kapitalistischen Umwelt richtig wahrnehmen. Viele der Gewerkschaftsgegner sind zu solchen aus innerer Ueberzeugung geworden. Der natürliche Gegenpart, der zwischen Kapital und Arbeiterschaft besteht, war dabei nicht ohne Einfluß. Große Teile der Gewerkschaftsfeinde spielen sich als solche aber aus dem Grunde auf, weil sie dafür bezahlt werden. Zu den gefährlichsten Gegnern der letzteren Art, die mit perverter Bosheit und Niedertracht der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun bestrebt sind, gehört der Mitarbeiter der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“, der unter dem Decknamen Spitzma dem Unternehmervblatt giftige Gallenergüsse gegen die Gewerkschaften liefert. Wer als Gewerkschaftler gezwungen ist, die „D. Bergw.-Ztg.“ zu verfolgen, dem sind gewiß oft beim Lesen der niederträchtigen Episteln Spitzmas die Hornadern geschwollen.

Nichts Unangenehmes ist im Nachkriegsdeutschland geschehen, ohne daß Spitzma die freie Arbeiterbewegung dafür verantwortlich gemacht hätte. Der Zeitungsführer, dem nur die „D. Bergw.-Ztg.“ als Leitüre in den Nachkriegsjahren diente, muß unzweifelhaft mit einer unaussprechlichen Wut gegen alle Bestrebungen der Arbeiter erfüllt sein, wenn ihm ständig in einer gelehrten tuenden Form mit ausgefuchter Demagogie vorgemacht wird, daß am Zusammenbruch beim Kriegsende, an den Reparationszahlungen, der Inflation, der Ueberinflation, der Wirtschaftskrise und den Zusammenbrüchen großer Wirtschaftsgelände die Schuld nur allein die Gewerkschaftsbewegung und alles, was mit ihr zusammenhängt, trifft. Die Vernebelung der Hirne, die von dieser Seite erfolgte, ist so stark, daß der Durchschnittsleser der „D. Bergw.-Ztg.“ kaum noch der Wahrheit zugänglich sein wird. Wie mußte man unter solchen Umständen erlauben, als die „D. Bergw.-Ztg.“ vom 25. Okt. 1932 in der neuesten Abhandlung Spitzmas, „Die Augenfalbe“, folgenden Satz schrieb:

„Ist nicht all das Elend, das wir in dieser schrecklichen Nachkriegsjahren zu erdulden hatten, sind nicht auch alle die Schwierigkeiten, mit denen wir in der Gegenwart zu ringen haben, darauf zurückzuführen, daß dem deutschen Volke, im ganzen genommen, der Blick getrieblt und für Fragen des öffentlichen Lebens der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen ist?“

Der Zorn könnte einen pöbeln, wenn man diesen heuchlerischen Erquiß des perfiden Hirnverneblers liest. Das ist doch wohl die Höhe einer heuchlerischen Verstellung, wenn der größte Hirnvernebler des letzten Jahrzehnts bedauert, daß dem deutschen Volke der Blick für die Fragen des öffentlichen Lebens getrieblt sei. Wenn es Spitzma darum zu tun wäre, den Blick des deutschen Volkes für die Fragen des öffentlichen Lebens zu klären, dann soll er doch wenigstens seinen Lesern nur ein ein-

ziges Mal mitteilen, wie es in anderen Ländern zugeht, wo die Schuldigen im Sinne Spitzmas nicht wie in Deutschland sind. Die „D. Bergw.-Ztg.“ mag doch nur anführen, was Arthur Feiler in der „Frankfurter Zeitung“ bei einer Besprechung eines Amerikabuches ausführt und wo es z. B. heißt:

„Nach dieser Darstellung ist in Amerika der Hunger nach Waren und Gütern riesengroß, und das Angebot von Waren und Gütern ebenfalls riesengroß, aber beide finden nicht mehr zueinander. Neben den unverkäuflichen riesenhaften Weizenlagern des fruchtbarsten Landes der Welt, Kanada, können die Arbeitslosen zu Hunderttausenden nicht einmal von trockenem Brot ihren Hunger stillen. Viele Farmer in Kanada und in den Vereinigten Staaten haben ihren Weizen nicht abgemäht, weil es sich nicht lohnt, während Tausende von Arbeitslosen in den nahebei gelegenen Städten zweimal am Tage stundenlang um eine dürftige Mahlzeit aus der Suppentüchle anstehen müssen.“

Man vergesse nicht: von Amerika ist hier die Rede, nicht etwa von Deutschland — von Amerika, wo natürlich nicht die Republik die ganze Krise und alle Not der Bauern, der Arbeitslosen und der Unternehmer auf dem Gewissen hat, von Amerika, wo es kein „System“ und keinen „Marxismus“ und keine „Sozialisierung“ und keinen „politischen Lohn“, wo es nicht einmal eine Arbeitslosenversicherung gibt und wo doch die Krise genau so furchtbar ihr Zerstörungswerk an Menschen und Betrieben tut wie bei uns — von Amerika, wo genau wie bei uns, die Unternehmer und -politiker sich ihrer Liebe zur „freien Wirtschaft“ immer nur erinnern, wenn es gegen Arbeiterwünsche Front zu machen gilt, aber diese freie Wirtschaft ganz vergessen, wenn es statt dessen um Zölle, um Trusts und um Subventionen geht, und wo man infolgedessen jetzt in der Krise große öffentliche Gelder ebenfalls für mannigfache Stützungsversuche eingesetzt hat, ebenfalls ohne Erfolg und ebenfalls mit schweren finanziellen Einbußen für den Staat.“

Würde dem deutschen Volke gezeigt werden, daß die gegenwärtige Not keineswegs nur eine deutsche Not ist, sondern eine Weltnot, an der auch andere Völker leiden, die keinen Krieg verloren haben, keine Reparationen zahlen brauchen und bei denen die „Marxisten“ keine Rolle spielen, so würde es zur Selbstbefinnung kommen und die Ursachen dieser Not nicht in der vermeintlichen Schuld der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter suchen, sondern dort, wo sie wirklich begründet ist. Daran ist leider nicht zu denken. Eher kann man an das Gelingen einer Raketenfahrt zum Monde glauben, als daran, daß die „D. Bergw.-Ztg.“ und Spitzma ihre Leser aufklären. Schließlich können sie auch nicht anders, weil sonst auch manchem Aktionär die Augen aufgehen würden, daß nicht die Arbeiter mit ihren „unverhältnismäßig hohen Lohnforderungen“ schuld daran sind, daß

Die Gewerkschaften der einzige Halt.

In einer Zeit, wo alles wankt, bedarf gar mancher eines starken Haltens. Um den Arbeiter bemühen sich zahlreiche Gruppen und Personen. Alle wollen ihm als Heilbringer erscheinen. Meistens entpuppen sie sich als große Demagogen und Verfälscher. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, sprach kürzlich über die Kulturaufgaben der Gewerkschaften. Dabei gebrauchte er folgende eindringliche Mahnung:

„Vertreten wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißenden Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturbolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen. In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.“

Diese Worte sprechen für sich und müßten von jedem Arbeiter beachtet werden. Es stände wahrlich um die deutsche Arbeiterschaft besser, wenn sie den Phrasenredern nicht Gehör geschenkt, sondern den aufrichtigen Ermahnungen der Gewerkschaften gefolgt wäre.

